

## Positionspapier

### zum Vorschlag der Europäischen Kommission über CO<sub>2</sub>- Grenzwerte für den SLV

Berlin, den 23. Februar 2023

#### Der MEW e.V. fordert die EU auf alle Optionen zur Einsparung von CO<sub>2</sub> im Schwerlastverkehr anzuerkennen

Der Verband der Mittelständischen Energiewirtschaft Deutschland e.V. (MEW) zeigt sich mit dem jüngst veröffentlichten Vorschlag der Europäischen Kommission für CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge und Busse nur sehr begrenzt zufrieden. Es ist zwar zu begrüßen, dass die Kommission Planungssicherheit im Bereich des Schwerlastverkehrs schaffen möchte - die Umsetzung der Vorschläge würde jedoch eine endgültige Abkehr von der dringend benötigten Technologieoffenheit bedeuten. Der herkömmliche Verbrennungsmotor soll nur noch in den Bereichen der öffentlichen Hand (Polizei-, Militär- und Rettungsfahrzeuge) erlaubt werden. Zum Einsatz sollen ab dem Jahr 2040 nur noch LKW mit batterieelektrischem Antrieb, Wasserstoffbrennstoffzellen oder Wasserstoffverbrennungsmotor kommen.

Die Pläne der EU-Kommission sehen vor, dass neuzugelassene schwere LKW bereits 2030 45% weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen sollen, als im Bezugsjahr 2019. Die Einsparungen sollen im Jahr 2035 auf 65% und im Jahr 2040 gar auf 90% steigen. Busse sollen im Stadtverkehr bereits ab dem Jahr 2030 komplett frei von CO<sub>2</sub>-Emissionen sein. Was dem Entwurf hierbei komplett fehlt, ist der vom MEW geforderte Anrechnungsmechanismus für alternative Kraftstoffe, wie HVO100 oder E-Fuels.

Sollen die von der EU gewünschten ambitionierten CO<sub>2</sub>-Einsparungen tatsächlich erreicht werden, müsste der Ausbau der Ladeinfrastruktur für batterieelektrische und wasserstoffbetriebene Fahrzeuge im Rekordtempo erfolgen. Dies wäre zu begrüßen, erscheint jedoch in Anbetracht der aktuellen Regulatorik und des herrschenden Fachkräftemangels unrealistisch. Die heutige Tankstelleninfrastruktur könnte mit Hilfe von alternativen Kraftstoffen schnell Einsparungen schaffen. Außerdem könnte so auch die Bestandsflotte umweltfreundlich weiter genutzt werden.

Der MEW fordert, hierfür paraffinische Kraftstoffe (E-Fuels, HVO etc.) in die 10. BImSchV aufzunehmen, um ihren Einsatz möglich zu machen. Andere europäische Staaten sind Deutschland hier einen Schritt voraus. Darüber hinaus hatte sich in einer Stakeholder-Befragung der EU eine Mehrheit für die Berücksichtigung alternativer Kraftstoffe ausgesprochen. Die EU ist aufgefordert die Ergebnisse ihrer eigenen Befragungen ernst zu nehmen und in der Gesetzgebung zu berücksichtigen. Anderenfalls wird dies zu einem weiteren Vertrauensverlust der Bevölkerung in die EU-Organe führen.

Bereits vor Bekanntwerden des Vorschlags der Europäischen Kommission hatte sich der MEW in einem breiten Bündnis aus zahlreichen europäischen Verbänden, Unternehmen und Wissenschaftlern in einem [offenen Brief](#) dafür eingesetzt, alternative Kraftstoffe und hiermit den Weiterbetrieb von LKW mit Verbrennungsmotoren zuzulassen.

Mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission werden sich in der Folge das Europäische Parlament und der Ministerrat befassen. Der MEW hofft, dass diese beiden Gremien die Wichtigkeit von alternativen Kraftstoffen erkennen und wird sich weiterhin für deren Einsatz im zukünftigen Schwerlastverkehr einsetzen. Denn nur wenn alle Optionen genutzt werden, ist ein schneller Weg hin zu einem umweltfreundlichen Verkehr realistisch.

## MEW Dachverband der Unabhängigen

---